

Aufstand der Holzhändler

Neuer Interessenverband klagt über
Hetzkampagne und Verzerrung

Ebersberg – Die Holzhändler in Bayern verschärfen im Kampf um Marktanteile den Ton gegenüber den Waldbesitzervereinigungen (WBV), den Forstbetriebsgemeinschaften (FBG), dem Amt für Landwirtschaft und dem Freistaat. Vor allem regen sich die freien Händler, die vor kurzem in Emmering den Interessenverband „Vereinigung der Rundholzhändler und Forstdienstleistungen“ gegründet haben, über Zuschüsse des Staates an die WBVs auf. „Wir habe zu lange schon gewartet, jetzt geht es aber ans Eingemachte“, sagte Josef Ametsbichler auf einer Pressekonferenz in Zorneding. Der neue Verbandschef betonte: „Wir wollen keine Feindschaft mit den WBVs.“ Und die Rundholzhändler würden auch nicht das Ende der Zuschüsse für sie fordern, aber „wir wollen eine Gleichstellung“. Und die könnte ja so aussehen, dass die Rundholzhändler ebenfalls eine finanzielle Unterstützung bekommen – oder die WBVs keine mehr. Derzeit würde es nämlich durch den Freistaat und die WBVs eine „Wettbewerbsverzerrung“ geben.

Im konkreten kritisieren die Rundholzhändler folgendes: Jede WBV habe Zugriff auf einen von 57 Beratungsförstern, der sie in waldbaulichen Fragen berät und unterstützt. Außerdem erhalten die WBV und die FBG drei Millionen Euro Zuschuss zu ihren Verwaltungskosten, für Maschinen oder Lagerstätten oder als Prämien für die Holzvermarktung. „Alleine 2,4 Millionen Euro davon stehen für Vermarktung zur Verfügung“, sagt Ametsbichler. Dabei würden die Rundholzhändler die gleiche Arbeit machen – ohne Zuschüsse. Zudem würden die Waldbauern keinen Cent von der Hilfe sehen. „Der Wasserkopf der WBV hält sich nur dank der Zuschüsse“, sagte Johann Schinnagl.

Kritik äußern die Händler auch am WBV selber. „Ihr Tonart wird immer schärfer. Wir werden von ihnen als Raubritter dargestellt, die andere über den Tisch ziehen“, sagte der Chef der Rundholzhändler. Es gebe eine regelrechte „Hetzkampagne gegen uns“. Dabei würde der WBV sogar seine eigene Satzung missachten und mittlerweile alle Waldbesitzer ansprechen. Laut Satzung sollten sie aber kleinstrukturierte Betriebe unter fünf Hektar unterstützen. Kritisiert wird auch das Amt für Landwirtschaft, das nach Aussage der Rundholzhändler beispielsweise per Dienstabweisung die Förster anweise, bei Durchforschungsaktionen das Holz den WBV-Vertretern anzubieten. Auch in der Satzung der Waldbesitzervereinigung gebe es eine Klausel, wonach Mitglieder ihr Holz als erstes der Vereinigung zu verkaufen haben. Es soll sogar schon einen Fall gegeben haben, wo einem Mitglied unter anderem wegen eines Verstoßes gegen diese „Andienungspflicht“ gekündigt wurde.

Die Rundholzhändler sehen in diesem Schulterchluss von staatlicher Forstverwaltung und WBV eine Ungleichbehandlung, die enden müsse, um einen freien Wettbewerb und damit stabile Preise auf dem Markt zu erhalten. „Ohne Wettbewerb wird man träge und faul“, sagte Josef Ametsbichler. Zudem werde auch der regionale Markt an den Rand gedrängt. Er kenne kleinere Sägewerke, die fast kein Holz mehr bekämen. „Der Waldbesitzer muss die Freiheit der freien Wahl haben“, forderte Ametsbichler. Ohne Rundholzhändler gebe es die aber nicht mehr. Händler Josef Lochinger ist sich sicher: „Ohne Zuschuss trennt sich die Spreu vom Weizen“. Jetzt, so Lochinger weiter, „zahlen wir Steuern. Und mit dem Geld fällt uns der Staat mit den Zuschüssen an den WBV in den Rücken“.

GERHARD WILHELM